

Zur Raketenabwehr, der militärisch-technologischen Lücke und der Rolle der europäischen Rüstungsindustrie als sicherheitspolitischer Wegbereiter¹

Zusammenfassung

Als Folge zunehmend begrenzter Forschungs- und Entwicklungsbudgets, schrumpfender Märkte und reduzierter Beschaffungsprogramme mit abnehmendem Auftragsvolumen erfolgte in Europa in den letzten Jahren eine Konsolidierung der Rüstungsindustrie in bis dahin unbekannter Größenordnung. Die Bewegungen und Machtverschiebungen am europäischen Rüstungsmarkt führen aufgrund der technologischen Fähigkeiten der neuen Konzerne zu erstmaligen Optionen für einen europäischen Beitrag zu einer gemeinsamen Raketenabwehr mit den USA, die sich die Politik zu nutzen machen könnte.

Der Trend zu Kooperationen (von der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen bis zu Fusionen) geht jedoch inzwischen über die Grenzen Europas hinaus. Durch die Initiierung rüstungstechnischer Kooperationen zwischen den USA, Russland und Europa und die daraus resultierenden gegenseitigen Abhängigkeiten eröffnen sich neue Optionen für überregionale sicherheitspolitische Kooperationen, wie z.B. Bei der Problematik der geplanten Raketenabwehr.

Rüstungsk Kooperationen gewinnen eine neue sicherheitspolitische Rolle und wachsen über ihre bisherige Bedeutung hinaus. Die gerade begonnene Entwicklung verfügt über das Potenzial, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Handlungsspielräume zu erweitern.

¹ Europäische Raketenabwehr – Workshop, 23.-24.10.2001, zuvor erschienen als: Sicherheitspolitische Analysen 09/01. Hg. Vom Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr. Berichte aus der Grundlagenarbeit 5.

Die terroristischen Anschläge vom 11. September haben die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Konstellationen grundlegend verändert. Es ist deutlich geworden, dass der internationale Terrorismus eine der großen weltweiten Herausforderungen der Zukunft ist. Mehr denn je ist die internationale Gemeinschaft gefordert, noch zielstrebigere eine eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung zu schaffen. Die europäische Rüstungsindustrie kann zu einem wesentlichen Wegbereiter für diese zukünftige, bisher nicht existierende, Ordnung werden.

Die bisherigen transnationalen Industriekooperationen basieren jedoch auf rein wirtschaftlichen Überlegungen und sind nicht das Ergebnis einer sicherheitspolitischen Strategie. Hier ist ein staatliches Engagement in Form eines politischen Konzepts und einer zielgerichteten Koordinierung gefordert.

Durch seine Partizipation an einer gemeinsamen europäischen Rüstungsindustriepolitik kann auch Österreich helfen, den Weg für eine mögliche eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung zu ebnen.

Einleitung

Am 02. Juli 2001 unterzeichneten die European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) und die russische Luft- und Raumfahrtagentur Rosaviakosmos in Moskau ein Partnerschaftsabkommen. Dieses Abkommen wird zum Anlass genommen, einen Abriss zu den amerikanischen Plänen einer Raketenabwehr, der militärisch-technologischen Lücke zwischen den USA und Europa und der Rolle der europäischen Rüstungsindustrie als sicherheitspolitischer Wegbereiter zu geben.

Ziel dieser sicherheitspolitischen Analyse ist es, die Entwicklungen in der europäischen Rüstungsindustrie in den letzten vier Jahren, die von ihr initiierte globale Vernetzung und eine sich daraus möglicherweise ergebende sicherheitspolitische Folge darzustellen. Die Aufmerksamkeit gilt dabei der wachsenden Bedeutung industrieller Kooperationen für die deutsche Sicherheitspolitik. Die Ausführungen konzentrieren sich auf Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie, die über Technologien zu einer möglichen Raketenabwehr, dual-use Technologien oder transformierbares Know-how verfügen.

Diese sicherheitspolitische Analyse richtet sich nicht an Fachleute aus dem Bereich Rüstung. Sie dient in erster Linie dazu, Personen, die sich

mit Sicherheitspolitik beschäftigen, aber technologische und wirtschaftliche Aspekte nur beiläufig betrachten, näher zu informieren.

Die Verwendung von Fachbegriffen aus dem Rüstungssektor und die detaillierten Informationen sollen das Studium weiterführender Lektüre und die Diskussion mit Rüstungsexperten erleichtern.

Die vorliegende sicherheitspolitische Analyse basiert überwiegend auf offiziellen Pressemitteilungen der betrachteten Unternehmen, Artikeln aus Fachzeitschriften und der Tagespresse. Sie ist daher nur eine erste, oberflächliche Betrachtung. Eine genauere Einschätzung der skizzierten Entwicklung bedarf einer Analyse sowohl der bilateralen Regierungsabkommen als auch der industriellen Kooperationsverträge.

Die militärisch-technologische Lücke innerhalb der NATO

Die militärisch-technologische Lücke zwischen den USA und ihren europäischen NATO-Partnern wächst stetig. US-Senator Roth legte sie schonungslos offen:²

Schwächen der Europäer bei Command, Control, Communication, Computer and Information (C4I), Aufklärungsmitteln, Kampfflugzeugen, Präzisionswaffen, Lufttransport-Kapazitäten, Einsatzfähigkeit und Logistik.

Der frühere US-Verteidigungsminister William Cohen sagte anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2002, je größer die technologischen Lücken werden, desto weniger sähen die Amerikaner die „Notwendigkeit, ihre europäischen Partner um Hilfe zu bitten“.³

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Armitage bezeichnete die technologische Lücke in der Militärtechnik zwischen Amerika und Europa als einen Albtraum. Vor dem Hintergrund, dass die Operation „Enduring Freedom“ als ein Hochtechnologiekrieg (Einsatz von laser- und satellitengelenkten Präzisionsbomben und Raketen) geführt wird und dass die Europäer eine solche Technologie auch in naher Zukunft nicht besitzen, wird es dazu kommen, dass die

² Vgl. IAP-Dienst Sicherheitspolitik 7/2000 „Revolution in militärischen Angelegenheiten (RMA) – auch in Europa?“ S. 4.

³ Download, 04.02.02 <<http://www.securityconference.de/>>.

europäischen NATO-Mitglieder am Boden die Stiefel anhaben, meinte Armitage.⁴

In der letzten Dekade kam es in diesen zentralen Bereichen zu fundamentalen technologischen Neuentwicklungen. Die Geschwindigkeit dieser Entwicklungen schreitet ungebremst voran und wird die Lücke, wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden, weiterhin vergrößern.

Die militärisch-technologische Lücke führte während des Kosovo-Einsatzes bereits zu ersten, ernsthaften militärischen Auswirkungen für die Allianz und ihrer Einsätze. Die Mängel in Lufttransportkapazitäten, Satellitenaufklärung, Präzisionswaffen und Kommunikationsmitteln reduzierten die Fähigkeit der Alliierten zur Zusammenarbeit auf ein kaum akzeptables Minimum. In diesen für den Einsatz wesentlichen Bereichen trugen die USA zum Teil mehr als 80 Prozent der Last.

Die Lücke zwischen den Fähigkeiten amerikanischer und europäischer Streitkräfte ist die Folge sowohl der Ausrichtung der amerikanischen Streitkräfte hin zu einer mit aktueller Hochtechnologie ausgerüsteten Armee als auch der amerikanischen Industriepolitik.

Die Weiterentwicklung und die Implementierung von Militärtechnologie erfordern allgemein die Bereitstellung immenser Finanzmittel sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung und die Bündelung der Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie. Diese Erkenntnis führte in den vergangenen Jahren in den USA zu einem beispiellosen Konsolidierungsprozess, der von der amerikanischen Regierung nicht nur gefördert, sondern auch aufgrund der Terroranschläge vom 11. September 2001 weiterhin forciert wird.

Im kommenden Finanzjahr sollen die amerikanischen Verteidigungsausgaben um 14 Prozent auf 379 Milliarden US-Dollar steigen und kontinuierlich bis 2007 auf 450 Milliarden US-Dollar erhöht werden. Damit machen die Verteidigungsausgaben 3,5 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. In Europa bleiben außer Frankreich mit 2,6 und Großbritannien mit 2,4 Prozent alle anderen Länder unter 2 Prozent.⁵

⁴ Download, 24.01.02 <http://www.sipotec.net/Neu_Aktuelles/Start_9/Frame_Set1.html>.

⁵ <http://www.sipotec.net/Neu_Aktuelles/Start_9/Frame_Set1.html>, download 07.02.02.

Die Europäer sehen sich heute den fünf großen, branchenübergreifenden Konzernen Boeing, General Dynamics, Lockheed-Martin, Northrop Grumman und Raytheon gegenüber.

Die Konsolidierung in der amerikanischen Rüstungsindustrie ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Im letzten Jahr hat Northrop Grumman die beiden Werftkonzerne Litton-Industries und Newport News Shipbuilding übernommen. In 2002 will Northrop Grumman auch den Mischkonzern TRW Inc., Cleveland übernehmen.⁶

Die wachsende Diskrepanz zwischen dem, was die USA und die Europäer für Forschung und Entwicklung im Bereich der Rüstung ausgeben, lässt die Sorge berechtigt erscheinen, die nationale Rüstungsindustrie innerhalb der NATO werde sich zu einer Dreiklassen-Gesellschaft entwickeln. Mit den USA an der Spitze, gefolgt von Staaten wie Frankreich und Großbritannien, wird Deutschland sich zukünftig als „LDDI-country“⁷ in dieser Liga am unteren Ende des Feldes als Zulieferer wiederfinden. Die politischen Entscheidungen werden hingegen vom Systemführer getroffen (z.B. Exportregelungen). Bei gleichbleibendem Investitionsverhalten und nationaler Beschaffung werden die bereits vorhandenen Schwachstellen verstärkt und die Fähigkeit zu gemeinsamen Operationen weiter einschränkt.

Im Rahmen der ESVP beabsichtigen die Europäer zwar eine drastische Verringerung der Defizite, doch sinken die Mittel der Verteidigungshaushalte kontinuierlich. Einer Studie des internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) zufolge hat Deutschland in den letzten zehn Jahren seine Verteidigungsausgaben um 35 Prozent zurückgefahren. Deutschland gibt heute nur noch 1,3 Prozent des BIP für Verteidigung aus. In Westeuropa ist die Rüstungsproduktion insgesamt um ca. 40 Prozent gesunken. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa betragen seit Jahren nur etwa ein Drittel derjenigen der USA.⁹

Die Rüstungsindustrie sieht sich mit schrumpfenden europäischen Märkten und abnehmenden nationalen Beschaffungsprogrammen bei

⁶ <http://www.sipotec.net/Neu_Aktuelles/Start_9/Frame_Set1.html>, download 26.02.02.

⁷ LDDI-countries: less developed defence industry countries – Länder wie Griechenland, Portugal oder Türkei (Begriff gemäß WEAG – Western European Armaments Group).

⁹ Vgl. IAP-Dienst Sicherheitspolitik 7/2000 „Ausgaben für Rüstung steigen weiter an“ S. 8.

sinkenden Stückzahlen konfrontiert. Finanziell erschwerend kommt die Forderung der Staaten hinzu, zunehmend Forschung und Entwicklung von Projekten in der Industrie zu finanzieren. In den Bereichen militärische Beschaffungen sowie militärische Forschung und Entwicklung wurden die Anteile am Einzelplan in den letzten zehn Jahren von 15,3 Milliarden DM (1990) auf 9,3 Milliarden DM (2000) reduziert.¹⁰

Die Konsolidierung der Rüstungsindustrie in Europa

Trotz des deutlich voranschreitenden europäischen Einigungsprozesses (Stichwort: ESVP) scheint gegenwärtig unter den europäischen Politikern ein breiter Konsens über die Notwendigkeit zu bestehen, eine nationale Rüstungsindustrie zu erhalten und zu pflegen. Nach wie vor ist in Europa das Management von Rüstungsprojekten eine nationale Angelegenheit. Kooperationen basieren zumeist auf bilateralen Ressortvereinbarungen (MoU: "Memorandum of Understanding") und finden nur für einzelne rüstungstechnische Projekte statt. Europaweite einheitliche Verfahren zu Fragen des Nutzungsrechts, Technologietransfers, Patentschutzes, Rüstungsexports, etc. bedürfen erst noch einer vertraglichen Regelung.

Die Verteidigungsminister der sechs führenden europäischen Industrienationen (Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und Großbritannien) unterzeichneten am 06. Juli 1998 einen dementsprechenden "Letter of Intent" (LoI). Es bedurfte zweijähriger Verhandlungen, bis am 27. Juli 2000 ein "Framework Agreement"¹¹ unterzeichnet wurde. Das Abkommen soll folgende sechs Gebiete regeln: Versorgungssicherheit, Exportbestimmungen, Schutz geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Daten, rüstungsrelevante Forschung und Technologie, Behandlung von Informationen und Daten technischer Art sowie Harmonisierung militärischer Forderungen. Die unter Beteiligung der Industrie entstandene Rahmenvereinbarung ist der erste rechtsverbindliche Vertrag seiner Art, der seit der Ratifizierung durch zwei der unterzeichnenden Staaten bereits in Kraft getreten ist. Trotzdem

¹⁰ Download 05.07.01 <<http://www.sipotec.net/aktuell/grafiken.html>>.

¹¹ Deutscher Titel: Rahmenvereinbarung über Maßnahmen zur Erleichterung der Umstrukturierung und Aufgabenwahrnehmung der europäischen Rüstungsindustrie.

ist das Abkommen nicht unmittelbar anwendbar, sondern bedarf in einem weiteren Schritt der Ausarbeitung von “implementing arrangements” in Form von MoU’s und in einem übernächsten Schritt der Anpassung nationaler Verfahren, Vorschriften und Strukturen. Selbst bei optimistischer Einschätzung wird dieser Prozess noch Jahre dauern und dann nur für die ratifizierenden Staaten verbindlich sein.¹²

Langfristig kann das “Framework Agreement“ sich aber, über die sechs bisher beteiligten Staaten hinaus, auch auf die bestehenden Kooperationsstrukturen wie WEAG¹³ oder OCCAR¹⁴ und die dort beteiligten Nationen positiv auswirken sowie die Vorbereitungen für die Einrichtung einer Europäischen Rüstungsagentur (EAA) beschleunigen.

Bisherige Bemühungen konnten die in sie gesetzten Erwartungen nur teilweise erfüllen und konzentrieren sich zumeist nur auf einen der Bereiche (Forschung und Technologie, Entwicklung oder Beschaffung). Ein Beispiel dafür ist das gemeinsame Forschungsprogramm der europäischen Staaten EUCLID¹⁵, das nach zehn Jahren immer noch keine durchgreifenden Erfolge aufweisen kann. Dagegen stellt das “Framework Agreement“ zum ersten Mal ein ganzheitliches Konzept dar.

Die europäische Industrie ist gegenüber den Regierungen bereits einen Schritt weiter. Sie hat erkannt, dass die nationalen Märkte in Europa angesichts rapide wachsender Kosten für die Entwicklung neuer Rüstungsprojekte zu klein sind, um technologische Fähigkeiten und Produktionskapazitäten zu erhalten oder neue aufzubauen. Bemühungen um Rationalisierung, Effizienzsteigerung und Kostensenkung einzelner Unternehmen reichen alleine bei weitem nicht aus. Auch die Konzentration auf wenige bestimmte Sachgebiete, bei denen man im nationalen Alleingang eine Spitzenstellung auf Weltniveau halten bzw. erreichen will, wie beispielsweise die britische Philosophie der nationalen

¹² Interview BMVg Rü II 1 MinR Bensch am 31.07.01.

¹³ WEAG: Western European Armaments Group; einziges gesamteuropäisches Rüstungsforum für Beschaffung.

¹⁴ OCCAR: Organisme Conjoint de Coopération en Matière d'Armement; europäische Kooperation im Bereich Forschung & Technologie.

¹⁵ EUCLID – European Co-operation for the Long Term in Defence; rund 100 Forschungsvorhaben in zehn Jahren, ausgestattet mit 200 Mio. Euro Regierungsmitteln. Vgl. Theile, B. R&T-Symposium der WEAG, in „Soldat und Technik“ Juli 2001, S. 42.

“Towers of Excellence“¹⁶, verspricht weder bei der Beseitigung der technologischen Lücke noch bei der Absicherung von Arbeitsplätzen ausreichenden Erfolg. Als Folge begrenzter Forschungs- und Entwicklungsbudgets, schrumpfender Märkte und reduzierter Beschaffungsprogramme mit abnehmendem Auftragsvolumen ist die Rüstungsindustrie gezwungen, sich zu leistungsfähigeren Kooperationen zusammenzuschließen.

Der im Folgenden detailliert dargestellte Konsolidierungsprozess soll zum einen die Bewegungen und Machtverschiebungen am europäischen Rüstungsmarkt deutlich machen und zum anderen die Möglichkeiten eines europäischen Beitrags zu einer Raketenabwehr aufgrund der technologischen Fähigkeiten der neuen Konzerne aufzeigen.

In 1999 formierten sich im Bereich Luft- und Raumfahrtindustrie die ”transnational defence companies“ (TDC’s) EADS¹⁷ und BAE Systems¹⁸. Die EADS entstand durch die Fusion der deutschen DASA Daimler-Chrysler Aerospace AG (30 Prozent), der französischen Unternehmen Aerospatiale und Matra (30 Prozent) sowie der spanischen CASA Construcciones Aeronauticas SA (5,5 Prozent).¹⁹ Die BAE Systems wurde durch die Fusion von British Aerospace und Marconi Electronic Systems geschaffen. Beide europäischen Konzerne sind sogenannte branchenübergreifende Unternehmen, die sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich Aktivitäten haben (EADS 70/30; BAE 20/80)²⁰. Im Mai 2000 formierte sich Europas führendes Raumfahrtunternehmen Astrium, ein Joint-venture zwischen EADS (75 Prozent) und BAE

¹⁶ Vgl. Memorandum des britischen MoD 15.07.99, <<http://www.parliament.the-stationary-office.co.uk/pa/cm199899/cmselect/cmdfence/616/616we31.htm>>, download 25.07.01.

¹⁷ Mit 87.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 24,2 Mrd. Euro (2000) ist die EADS das größte Luft- und Raumfahrt- sowie Verteidigungstechnikunternehmen Europas sowie die Nr. 3 weltweit.

¹⁸ BAE Systems beschäftigt 120.000 Mitarbeiter (davon 20.000 in den USA) und gilt mit einem Umsatz von 12,2 Mrd. GBP (2000) als zweitgrößtes rüstungstechnisches Unternehmen in Europa.

¹⁹ 34,5 % Streuaktien. Seit 2000 gehört CASA zur DASA; damit hält Deutschland den größten Aktienanteil an EADS. Vgl. Frankfurter Rundschau, Europas hochfliegende Weltraumpläne mit militärischem Anstrich., download 10.07.01, und deutsche Botschaft Paris – WtAtt: Verbindungen europäischer Luft- und Raumfahrtunternehmen, Stand 03/2001 (unveröffentlicht).

²⁰ Cook, N. “All Systems Go“. In: Jane’s Defence Weekly, Heft 4/2000, S. 50-53.

Systems (25 Prozent). Astrium hat sich u.a. auch auf militärische Satellitensysteme spezialisiert.

Der Trend zu Aufkäufen von kleineren Unternehmen ("acquisitions"), Gründungen neuer rüstungstechnischer Gemeinschaftsunternehmen ("joint-ventures"), gegenseitigen Beteiligungen ("cross-share holdings") oder gar Fusionen ("mergers") setzte sich auch im vorigen Jahr fort.

Jede der Kooperationsebenen verspricht dabei unterschiedliche technologische und wirtschaftliche Synergieeffekte sowie bis zu einem gewissen Grad die Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

EADS und Thales Nederland B.V. (früher Thomson-CSF Signaal)²¹ verstärkten ihre langjährige Zusammenarbeit und gründeten am 20. April 2001 ein gemeinsames Unternehmen unter dem Namen ET Marinesysteme GmbH (EADS 50 Prozent, Thales Nederland 50 Prozent), dessen Aktivitäten sich u.a. Auf den Bereich der schiffsgestützten Abwehr ballistischer Raketen (MTBMD) konzentrieren wird²²

Am 26. April 2001 unterzeichneten BAE Systems, EADS und Finmeccanica den Vertrag zur Gründung des Gemeinschaftsunternehmens MBDA (EADS 37,5 Prozent, BAE Systems 37,5 Prozent, Finmeccanica 25 Prozent). Die drei Unternehmen gaben so den Startschuss für den Zusammenschluss der Lenkflugkörper-Aktivitäten von Matra bae Dynamics, EADS Aerospatiale Matra Missiles und Alenia Marconi Systems.²³

Das Unternehmen MBDA steht mit einem Umsatz von zirka 2,5 Milliarden DM nach Raytheon weltweit auf Platz zwei in der Flugkörperindustrie. Offen ist noch die Frage, ob es zu der von der

²¹ Thales Nederland B.V. ist Teil der "naval business group" von Thales, ehemals Thomson-CSF, die Ende 2000 umbenannt wurde. Thales ist auf vier Hauptgebieten tätig: Luftfahrt, Verteidigung, Informationstechnologie und Dienstleistungen. Mit 65.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 8,6 Mrd. Euro ist Thales führend auf dem Weltmarkt der Verteidigungselektronik.

²² Download, 27.04.01, <http://www.eads.net/eads/en/index.htm?/xml/intl/press/eads/defence/20010405_nato_d.xml&press>.

²³ Mit einem Gesamtumsatz von mehr als 2 Mrd. Euro und einem Auftragsbestand von rund 13 Mrd. Euro, der einem Umsatzvolumen von mehr als sechs Jahren entspricht, wird die Firma in ihrer Position als weltweite Nummer Zwei im Markt für Lenkflugkörper gestärkt. Das Unternehmen beschäftigt rund 10 000 Mitarbeiter in Frankreich, Großbritannien und Italien. Download, 27.04.01.

Bundesregierung unterstützten Konzentration der deutschen Flugkörperaktivitäten in der German Missile and Defence Company durch Zusammenschluss der EADS Tochter LFK und der Diehl Tochter BGT kommen wird oder ob die LFK in der MBDA aufgeht.

Jüngste Produkterfolge wie Scalp EG/Storm Shadow, PAAMS oder Meteor²⁴ zeigen die Bedeutung einer europäischen Kooperation auf diesem Gebiet. Die Gründung von Matra bae Dynamics (MBD, 1996) und Alenia Marconi Systems (AMS, 1998), sowie die Entscheidung von BAE Systems und Finmeccanica, ihre AMS-Lenkflugkörper-Aktivitäten zur MBDA beizusteuern, ebnen den Weg für eine stärkere und effektivere Zusammenarbeit.

Die europäische Rüstungsindustrie macht gegenwärtig einen entscheidenden Schritt voran, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der bereits neustrukturierten, amerikanischen Rüstungsindustrie sicherzustellen. Dieser Prozess bedarf jedoch dringend der Unterstützung seitens der europäischen Regierungen, die über das bisher mit dem "Framework Agreement" erreichte hinaus geht. Immer noch existieren Defizite an einer effizienten und koordinierten gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Industrie- und Technologiepolitik in Europa. Ein wesentlicher Grund dafür ist in dem Bestreben einzelner Regierungen zu sehen, vordergründig im eigenen Land Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten.

Ein aktuelles Beispiel für noch immer vorherrschende Interessenskonflikte soll hier kurz dargestellt werden:

Im März 2002 wurde die weltweit größte Werft für konventionelle U-Boote, die Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW), von dem amerikanischen Finanzinvestor One Equity Partners (OEP, Chicago/Detroit) zu 75 Prozent der Anteile übernommen. Seitens der Bundesregierung wurde ein Verbund deutscher Werften zwischen den Thyssen-Krupp-Werften Blohm & Voss und den Thyssen Nordseewerken auf der einen und den HDW auf der anderen Seite favorisiert. Der ursprüngliche Mehrheitseigner, die Babcock Borsig AG, strebte stattdessen einen europäischen Werftenverbund unter Führung der HDW an.²⁵ Nutznießer

²⁴ Unter Beteiligung von Boeing als "System Integrator" für Boeing F-15 und F/A-18.

²⁵ Download, 12.03.02, <<http://www.welt.de/daten/2002/03/12un319774.htm>>.

dieses Interessenkonflikts war die US-Investorengruppe. Ein möglicher Schritt zu der geplanten gemeinsamen europäischen Rüstungskoperation wurde somit versäumt.

Der Weg nach Amerika und die politischen Widerstände

Europäische Projekte, wie die Vereinbarungen zum Aufbau eines gemeinsamen Satellitensystems, der Bau des Airbus A400M oder des Multi Role Armoured Vehicle, können zwar als Schritte in die richtige Richtung gewertet werden, sind jedoch unzureichend, um mit den technologischen Entwicklungen in den USA Schritt halten zu können.

Die Entwicklung des geplanten Raketenabwehrsystems, ausgestattet bis 2015 mit geschätzten Finanzmitteln in Höhe von ca. 60 Milliarden US-Dollar, wird einen technologischen Schub auslösen, der wiederum zur sprunghaften Vergrößerung der dargestellten Lücke führen wird. Zu den weiteren Beschaffungsprogrammen im Jahr 2003 zählen: fünf neue Kriegsschiffe und 23 Flugzeuge des Typs F-22; für eine Milliarde US-Dollar werden vier TRIDENT-U-Boote umgerüstet; für die Mobilität landgestützter Waffensysteme sind ca. eine Milliarde US-Dollar vorgesehen, ebenso für die Entwicklung von Führungs- und Fernmeldesystemen. Für Nachrichtenbeschaffung und Propaganda stehen 3,3 Milliarden US-Dollar zur Verfügung. Der Kampf gegen den Terrorismus im kommenden Jahr soll 27 Milliarden US-Dollar umfassen.²⁶ Darüber hinaus hat Präsident George W. Bush angekündigt, für Forschung und Entwicklung im Bereich Waffentechnik zusätzliche 20 Milliarden US-Dollar zu investieren.

Um den technologischen Anschluss an die USA zu halten und an Forschung und Entwicklung zu partizipieren, müssen zusätzlich über projektgebundene Kooperationen hinausgehende Unternehmensbeteiligungen, neue Gemeinschaftsunternehmen oder Fusionen mit führenden amerikanischen Rüstungskonzernen eingegangen werden. Auch dies wurde vom europäischen Rüstungsmanagement erkannt. So steht im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie die EADS in Verhandlungen mit der amerikanischen Northrop Grumman Corporation²⁷ und die

²⁶ Download, 07.02.02 <http://www.sipotec.net/Neu_Aktuelles/Start_9/Frame_Set1.html>.

britische BAE Systems übernahm das amerikanische Unternehmen Sanders²⁸, kaufte sich in den amerikanischen Konzern Lockheed Martin ein und entwickelt gemeinsam mit diesem den Joint Strike Fighter (JSF). Transatlantische Kooperationen wie diese bedürfen jedoch eines politischen Wohlwollens, das sich besonders in den USA erst noch entwickeln muss. Mit der "Defense Trade Security Initiative"²⁹ vom 26. Mai 2000 wurde in den USA ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Gegenwärtig bestehen im amerikanischen Kongress aber noch Bedenken, die nur schwer überwindbar erscheinen.³⁰

Die bereits vom amerikanischen Repräsentantenhaus gebilligte Steuersenkung für die nächsten zehn Jahre und die anhaltende Abschwächung des amerikanischen Wirtschaftswachstums vermindern das Steueraufkommen und stellen die Finanzierbarkeit der geplanten Raketenabwehr in Frage. Im Entwurf des amerikanischen Verteidigungshaushaltes für 2002 (329 Milliarden US-Dollar) sind die Ausgaben für die Entwicklung des Raketenabwehrsystems mit 8,3 Milliarden US-Dollar beziffert.³¹ Die amerikanische Administration wird daher schon allein aus wirtschaftspolitischen Gründen auf Europa zugehen und versuchen, es zu einer Kooperation zu bewegen.

Unabhängig von einer späteren Entscheidung, ob und in welcher Form ein Raketenabwehrsystem innerhalb der NATO oder zum Schutz Europas tatsächlich beschafft und installiert werden soll, ist heute den europäischen Regierungen dringend zu empfehlen, den Prozess der transatlantischen Kooperationen zu fördern und eine Beteiligung europäischer Unternehmen an Forschung, Entwicklung und Produktion in den USA zu ermöglichen. Ein solches Engagement ist nach den Worten des Bundeskanzlers Gerhard Schröder von „eminentem

²⁷ April 2000: 1. MoU, Juni 2000: Kooperationsprojekt HALE UAV, Okt. 2000: Joint-venture (JV) im Bereich zivile Luftfahrt, Juni 2001: JV NATO Alliance Ground Surveillance (AGS).

²⁸ Sanders – Lockheed Martin's Aerospace Electronic Systems Abteilung – ist eines der führenden amerikanischen Unternehmen im Bereich "electronic warfare". Vgl. JDW 26.07.2000, S. 53.

²⁹ Download, 25.07.01, <http://www.state.gov/www/global/arms/bureau_pm/dtc/nb_000526_dtsi.html>.

³⁰ Cook, P. „Changes in the defence industrial landscape“ in: Defence and Security for the 21st Century. NATO PA July 2000, S. 117ff.

³¹ Download, 17.07.01, Funding gap for defense is predicted.

wirtschaftlichen Interesse“, dient der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Erhalt des Zugangs zu Hochtechnologien.

Bereits 1986 gab es im Rahmen des SDI-Programms ein deutsch-amerikanisches MoU, um deutschen Unternehmen eine Beteiligung zu ermöglichen. Auch amerikanische Aufträge in Höhe von mehr als 50 Millionen US-Dollar an die deutsche Rüstungsindustrie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Technologietransfer nur sehr eingeschränkt stattfand. Bürokratische Hindernisse, strikte Export- und Importregelungen sowie hohe Geheimhaltungsrichtlinien verhinderten damals konstruktive Partnerschaften. Der Zugang zur jeweils neuesten Systemgeneration wurde sowohl aus sicherheitspolitischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen verwehrt.

Die europäischen Regierungen sollten die USA diesmal als Vorbedingung für ein europäisches Engagement darauf drängen, von ihrer „Black-Box-Philosophie“ Abstand zu nehmen. Die Frage des „wie?“ gilt es, im offenen Dialog zu erörtern. Ohne eine Garantie für effektive transatlantische Kooperationen und Beteiligungen der europäischen Rüstungsindustrie am geplanten Raketenabwehrsystem wird die militärisch-technologische Lücke zwischen den USA und ihren europäischen NATO-Partnern auch weiterhin stetig wachsen.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson äußerte sich dazu wie folgt:

„By easing unnecessary restrictions on technology transfer and industrial co-operation, Washington can improve the quality of the capabilities available, and diminish any problems our forces have in working together. If the US does not act in this way, the huge additional investment it is making in defence will make practical interoperability with Allies, in NATO or in coalitions, impossible. The gap between American forces on the one hand and European and Canadian forces on the other will be unbridgeable. For Washington, the choice could become: act alone or not at all, and that is no choice at all.“³²

Durch den Beschluss des Bundestages vom 27. Juni 2001, das trilaterale Projekt MEADS³³ (Medium Extended Air Defence System)

³² Download, 04.02.02 <<http://www.securityconference.de/>>.

³³ Deutsche Bezeichnung: Taktische Luftverteidigungssystem TLVS. System zur Abwehr von Flugzielen aller Art, vor allem von Marschflugkörpern und taktischen ballistischen Flugkörpern. Beteiligte Nationen: USA 55 %, Deutschland 28 %, Italien 17 %.

fortzuführen, könnte sich das Vorhaben zu einem richtungsweisenden Beispiel transatlantischer Kooperation entwickeln. Die Fragen des Technologie- und Know-how-Transfers wurden zur Zufriedenheit der europäischen Unternehmen AMS und EADS/LFK gelöst.³⁴ Das gemeinsame Joint-venture euromeads GmbH kann nun zusammen mit Lockheed Martin auf gleichberechtigter Basis dieses Hochtechnologiefeld bearbeiten und die Technologielücke bei Luftverteidigungssystemen schließen.

Aber auch hier gilt, dass zur politischen Unterstützung und rechtlichen Absicherung des Konsolidierungsprozesses die grundsätzlichen Fragen der industriellen Zusammenarbeit einer vertraglichen Regelung seitens der amerikanischen und europäischen Regierungen bedürfen. Nur so kann die Effizienz transatlantischer Kooperationen und Joint-ventures garantiert werden. Als Einstieg wäre ein modifizierter LoI auf Basis des europäischen LoI 6 von 1998 denkbar, der mittelfristig bis zu einem amerikanisch-europäischen "Framework Agreement" weiterentwickelt werden sollte.

Die europäischen Rüstungsunternehmen haben durch ihre bisherigen Aktivitäten auf dem amerikanischen Markt nicht nur versucht, sich den Zugang zu neuen, amerikanischen Technologien und Forschungsbudgets zu sichern. Sie haben damit auch einen wertvollen Beitrag geleistet, den Zusammenhalt innerhalb der Allianz zu stärken, zukünftig die Fähigkeit zur Zusammenarbeit zu sichern sowie einen einheitlichen Standard zu gewährleisten. Aus sicherheitspolitischer Sicht haben die neuen europäischen Rüstungskonzerne EADS und BAE Systems mit ihrer Strategie der globalen Vernetzung von Unternehmen sowie von Forschung und Entwicklung den politischen Entscheidungsträgern den Weg für eine europäische Beteiligung am geplanten Raketenabwehrsystem bereitet und der ESVP neue Handlungsoptionen eröffnet.

Der Blick nach Osten

Russland ist sich der Abhängigkeit von Exporteinnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft bewusst. Es versucht die Abhängigkeit von

³⁴ Thomas Enders, Leiter Defence and Civil Systems Division, EADS-Pressemitteilung vom 28.06.01.

Rohstoffen und Energieträgern als Einnahmequelle, die derzeit über 50 Prozent der Exporteinnahmen ausmacht, seit 1998 durch die Wiederbelebung des militärisch-industriellen Komplexes (MIK) und die staatliche Förderung von Exportgeschäften kurzfristig zu kompensieren.³⁵

Die Erträge der Rüstungsexporte sollen in erster Linie zur Unterstützung bzw. Förderung kritischer Zweige der Rüstungsindustrie und Sicherung der zahlreichen Arbeitsplätze genutzt werden. Langfristig erhofft sich Russland durch den Transfer neuer Technologien und die Entwicklung von dual-use Technologien mit Hilfe des MIK einen Modernisierungsschub für die zivile Industrie und damit eine signifikante Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Seit dem Untergang der UdSSR sind die Ausgaben für militärische Luft- und Raumfahrt im russischen Verteidigungshaushalt drastisch reduziert worden. Die Produktion von Luft- und Raumfahrtgeräten ist auf ein Zehntel zurückgegangen. Über 70 Prozent der Satelliten haben die vorgesehene Nutzungsdauer überschritten. Einzigartige Produktions- und Versuchsanlagen verfallen, eine Instandhaltung und Modernisierung erfolgt kaum. Aufgrund fehlender Finanzmittel wurde der Aufbau zukunftsorientierter Systeme stark gedrosselt sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte gestrichen.³⁶

Russland verfügt dennoch über die mit Abstand größte Luft- und Raumfahrtindustrie, basierend auf der Anzahl der Unternehmen und der Arbeitskräfte.³⁷ Wirtschaftlich erfolgreich waren bisher Unternehmen, die auf dem internationalen Rüstungsmarkt gut positioniert waren und aus militärischen Rüstungsgütern abgeleitete, zivile Produkte zusätzlich anbieten konnten.³⁸ Gegenwärtig kann die Wettbewerbsfähigkeit der

³⁵ Unter Präsident B. Jelzin war die Produktion im Rüstungskomplex um über 70% zurückgegangen. 1987 betragen die Exporteinnahmen 31,2 Mrd. US-Dollar, 1997 nur noch 2,5 Mrd. US-Dollar. Seit 1998 ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen.

³⁶ Prof. V.A. Menschikov, GM d.R. „Die orbitale Gruppierung der russischen Raumflugmittel unter der Bedingung der Reformierung der Streitkräfte der Russischen Föderation“ (Übersetzung aus dem Russischen). In: „Voennaja Mysl“ Nr. 6/1999, S. 11-16.

³⁷ 1999 zählte alleine die Luftfahrtindustrie noch 335 Unternehmen mit mehr als 650.000 Mitarbeitern. Vgl. BICC, Brief 17, S. 33.

³⁸ Beispiel: Kharkiv State Aircraft Manufacturing Enterprise (KhDAVP), seit 1991 57 zivile Lfz vom Typ An 74 verkauft, zivile Neuentwicklung Typ An 140 (Jungfernflug 11.10.99), Download, <<http://www.airforcemonthly.com> CIS> military aircraft plants, 02/2001.

russischen Rüstungsexporte auf dem Weltmarkt noch durch Billigangebote aufgrund niedriger Produktionskosten aufrechterhalten werden. Das Wachstumspotenzial wird jedoch zunehmend durch technologische Rückständigkeit der Produkte und Produktionsstätten gegenüber westlichen Anbietern eingeschränkt.³⁹

Um die Produktion in den übrigen Rüstungsbetrieben zu steigern, müssten die Luft- und Raumfahrtindustrie sowie die Atomindustrie (die einzigen Bereiche, die bislang ihr Potenzial weitgehend erhalten konnten) zur Finanzierung der Modernisierung und Entwicklung neuer Technologien herangezogen werden. Russland braucht bereits mittelfristig nicht nur neue Absatzmärkte, sondern Finanzpartner und den Zugang zu westlicher Technologie.

Joint-ventures, cross-share Holdings oder Fusionen mit Unternehmen in Russland, Kasachstan oder der Ukraine versprechen zwar keine nennenswerten zusätzlichen Forschungsgelder, sie ermöglichen jedoch den Zugang zu ehemals sowjetischen Hochtechnologien, hervorragenden Forschungseinrichtungen, billigen Produktionsstätten und langfristig auch neuen Absatzmärkten. Für russische Unternehmen würde die Kooperation mit europäischen Konzernen die Bereitstellung der für die Modernisierung der Wirtschaft notwendigen Finanzmittel, den Erhalt des Know-hows und der Arbeitsplätze sowie den freien Zugang auf den europäischen Markt bedeuten.

Die staatliche russische Luft- und Raumfahrtagentur Rosaviakosmos und EADS verständigten sich am 4. April 2001 auf ein Rahmenprogramm für Kooperationen sowohl staatlicher als auch privater russischer Unternehmen⁴⁰ und Forschungsinstitute mit der EADS. Dieses Programm wurde bereits nach drei Monaten, am 2. Juli 2001 in ein Abkommen überführt, das der EADS die Gründung von Joint-ventures ermöglicht. Die Zusammenarbeit im zivilen Raumfahrtsektor soll über die bisherige Nutzung von russischen Trägerraketen hinausgehen und eine Weiterentwicklung der existierenden Systeme sowie Forschung und Entwicklung im Bereich von Antriebs- und Wiedereintrittstechnologien

³⁹ Das durchschnittliche Alter der industriellen Produktionsstätten liegt derzeit bei 20 Jahren. Vgl. BICC, Brief 17, S. 18.

⁴⁰ 41,8 % der über 1500 Unternehmen des MIK befinden sich im Staatseigentum, in 33,1 % gibt es eine staatliche Beteiligung und nur 25,2 % sind private Unternehmen (1999). Vgl. BICC, Brief 17.

umfassen. Das Abkommen bezieht darüber hinaus aber auch ausdrücklich Kooperationen im militärischen Bereich mit ein.⁴¹

In der Theorie wird die EADS so der Zugriff auf bereits existierende und sich in der Entwicklung befindende russische Raketen- und Raketenabwehrtechnologien ermöglicht.

Das Abkommen wird über den wirtschaftlichen Aspekt hinaus als vertrauensbildende Maßnahme auch auf den politischen Bereich positiv einwirken und zur Integration Russlands in die europäische Gemeinschaft beitragen. Wie im transatlantischen Bereich haben die europäischen Rüstungsunternehmen mit diesem Abkommen, abseits sicherheitspolitischer Verhandlungen, einen Weg für eine sicherheitspolitische Kooperation zwischen den europäischen Staaten und Russland vorbereitet.

Aber auch hier gilt, dass zur politischen Unterstützung und rechtlichen Absicherung der Kooperationen die grundsätzlichen Fragen der industriellen Zusammenarbeit einer vertraglichen Regelung seitens der russischen und europäischen Regierungen bedürfen. Deutschland verfügt mit der Rahmenvereinbarung für Wehrtechnische Zusammenarbeit und der für diese zuständigen deutsch-russischen Kommission seit 1996 bzw. 1997 über Instrumente, die als Einstieg für eine einheitliche europäische Lösung ebenso denkbar wären, wie ein modifizierter LoI auf Basis des europäischen LoI 6 von 1998. Bis zum Abschluss eines russisch-europäischen "Framework Agreement" werden, auch bei optimistischer Einschätzung, allerdings noch Jahre vergehen.

Eine Chance für eine zukünftige eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung?

Seit der Auflösung der UdSSR und des Warschauer Paktes im Jahre 1991 wird im Westen darüber nachgedacht, ob und wie Russland in eine eurasisch-transatlantische Sicherheitsstruktur eingebunden werden könne. Langfristig kann Stabilität in Europa nur mit, nicht ohne und

⁴¹ EADS-Pressemitteilung, download, 03.07.01, <<http://www.eads.net/eads/de/index.htm?noflash>>.

schon gar nicht gegen Russland garantiert werden. Diese Erkenntnis verbietet eine Isolierung Russlands.

Bisherige Bemühungen im Euro-Atlantic Partnership Council (vormals: nord-atlantischer Kooperationsrat), bei der Partnerschaft für den Frieden, im NATO-Russland-Rat und auf unterschiedlichen anderen politischen Ebenen haben sich aus russischer Sicht als bisher nicht ausreichend erwiesen. Die sich in diesen Kooperationsformen widerspiegelnde Strategie der NATO versucht, Russland an die sicherheitspolitischen Strukturen an- und nicht einzubinden. Auch die gegenwärtige Annäherung im Rahmen der Anti-Terrorkoalition und die Diskussion um die Intensivierung der Beziehung im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels im Herbst 2002 wird dies nicht grundsätzlich ändern.⁴²

Eine NATO- oder EU-Mitgliedschaft ist auf absehbare Zeit kaum vorstellbar.

Der europäischen Rüstungsindustrie gelingt durch ihre Strategie der globalen Vernetzung ansatzweise etwas, das auf politischer Ebene kaum realisierbar erscheint. Durch die Initiierung rüstungstechnischer Kooperationen zwischen den USA, Russland und Europa, wie beispielsweise EADS mit der Northrop Grumman Corporation und der Luft- und Raumfahrtagentur Rosaviakosmos oder Lockheed Martin mit BAE Systems einerseits (JSF) und dem russischen Unternehmen Khrunichev⁴³ andererseits (ILS International Launch Services), wird die europäische Rüstungsindustrie zum sicherheitspolitischen Wegbereiter für eine zukünftige, bisher nicht existierende, eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung.

Diese Ordnung bindet Russland ein und stellt damit eine neue Dimension der Sicherheitspolitik mit neuen Rahmenbedingungen dar.

⁴² Folgende Schwerpunkte scheinen sich herauszukristallisieren: Austausch nachrichtendienstlicher Informationen im Sinne einer effektiven Terrorismusbekämpfung, Herstellung von Interoperabilität der nationalen Peacekeeping-Kontingente auf PfP-Ebene, Schaffung höherer Transparenz bei der Nichtverbreitung von MVW, weiterführende Konsultationen sowie Erarbeitung einer Terminologieliste bezüglich Missile Defense und Air Defense, intensivere militärische Zusammenarbeit.

⁴³ Khrunichev State Science and Technology Center: Führender Hersteller von Raketentriebwerken und zuständig für den Umbau von strategischen Raketen in zivile Träger. Beteiligt am Aufbau der ISS.

Weder steht sie in Konkurrenz zur NATO noch treibt sie einen Keil zwischen die transatlantischen Partner.

Rüstungsk Kooperationen gewinnen so eine neue sicherheitspolitische Rolle und wachsen über ihre bisherige Bedeutung hinaus. Von politischen Entscheidungsträgern entweder kaum wahrgenommen, unzureichend reflektiert oder zumindest nicht Gegenstand einer differenzierten staatlichen Strategie, verfügt die gerade begonnene Entwicklung über das Potential, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Handlungsspielräume zu erweitern.

Die bisherigen transnationalen Industriekooperationen basieren auf wirtschaftlichen Überlegungen und sind nicht das Ergebnis einer sicherheitspolitischen Strategie. Hier ist ein staatliches Engagement in Form eines politischen Konzepts und einer zielgerichteten Koordinierung gefordert.

Als ein Element eines solchen Konzepts könnten transnationale politische Gremien zur Koordinierung der industriellen Kooperationen gegenseitiges Vertrauen aufbauen, mittelfristig gemeinsame Strategien entwickeln und langfristig für alle Partner gleichermaßen geltende Verpflichtungen ausarbeiten.

Bereits 1992 wurde unter den Präsidenten George Bush und Boris Jelzin in einer hohen Regierungskommission⁴⁴ an einem amerikanisch-russischem Konzept für ein gemeinsames "Global Protection System" (GPS) gegen ballistische Raketen gearbeitet.

Die Errichtung eines gemeinsamen betriebenen Frühwarnzentrums, die gemeinsame Entwicklung von Fähigkeiten und Technologien zur Raketenabwehr, der Abschluss neuer und die Modifizierung bestehender Verträge und Abkommen⁴⁵ als Grundstein der Kooperation sollten die

⁴⁴ Ross-Mamedov High Level Working Group.

⁴⁵ Die damals existierende russische Bereitschaft, bestehende Abkommen entsprechend den neuen Bedingungen als Gegenleistung für eine Kooperation zu modifizieren und die Gespräche zwischen der Sicherheitsberaterin des amerikanischen Präsidenten, Frau C. Rice und dem stv. Minister im russischen Außenministerium G. Mamedov (der ehemalige Ltr der o.g. High Level Working Group), am 26.07.01, sind ein Indiz dafür, dass das momentane Festhalten Russlands am ABM-Vertrag dazu dient, die USA zur Rückkehr zur Position von 1992 zu bewegen.

gemeinsame Antwort auf die Bedrohung durch Proliferation, Massenvernichtungswaffen und ballistische Raketen sein.⁴⁶

Die gegenwärtigen Widerstände einzelner europäischer Staaten und Russlands gegen ein Raketenabwehrsystem liegen weniger im System selbst als im damit verbundenen Vorteil für die USA, den zukünftig immer bedeutender werdenden Weltraum sicherheitspolitisch durch neue technologische Fähigkeiten dominieren zu können.⁴⁷

Das geplante Raketenabwehrsystem, die damit verbundenen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Beschaffung, der erwartete Technologieschub und die Initiative der europäischen Unternehmen zur globalen Vernetzung der Rüstungsindustrie bieten heute, durch den gegenseitigen Zugang zu neuen Technologien auf der Basis rüstungs-industrieller Kooperationen, erste ernsthafte Ansätze einer Chance für eine langfristig aufzubauende eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung.⁴⁸

Auch wenn gegenwärtig Russland und einige europäische Staaten gegen die amerikanischen Pläne zu einer Raketenabwehr offiziell noch opponieren, ist dies eine Chance, die durch das bereits irreversibel aufgebaute industrielle Netzwerk und den Zeitrahmen zur Implementierung eines Raketenabwehrsystems (bis 2015) heute realistischer erscheint als 1992.

Europas Nachkriegsgeschichte hat gezeigt, dass gemeinsame wirtschaftliche Interessen und daraus resultierende gegenseitige Abhängigkeiten die regionale Zusammenarbeit und den Frieden voranbringen können.

Man sollte sich keine Illusion über das Erreichbare machen. Schon den Unterzeichnern des "Framework Agreement" fällt es schwer, sich auf Kooperationsnormen zu einigen. Eine darüber hinausgehende gemeinsame Politik mit den USA und Russland klingt noch wie Zukunftsmusik. Doch alle Indizien sprechen dafür, dass sich der Trend

⁴⁶ The White House, 17.06.92, Joint U.S.-Russian Statement on a Global Protection System, Download, 16.07.01 <http://www.fas.org/spp/starwars/congress/1997_h/s-hrg-105-193.htm>.

⁴⁷ Vgl. Krepon, M. 07.08.01, "Irrweg ins All", In: Rheinischer Merkur, Nr. 21/2001, S. 6.

⁴⁸ Voraussetzung ist die von politischer Seite verbindliche Regelung des gegenseitigen Zugangs zu Technologien, der Nutzungsrechte und der entsprechenden Exportregelungen.

zur Globalisierung in der Rüstungsindustrie auch ohne einen politischen Rahmen fortsetzen wird.

Soll das Primat und die Handlungsfreiheit der Politik für die Zukunft sichergestellt werden, ist den politischen Entscheidungsträgern in Deutschland zu empfehlen, eine Industriepolitik zu formulieren, die den dargestellten sicherheitspolitischen Aspekten Rechnung trägt, die Notwendigkeit einer nationalen Rüstungsindustrie zu überdenken und den Prozess der globalen Vernetzung der deutschen bzw. Europäischen Rüstungsindustrie zu unterstützen.

Die Rolle Österreichs

Im Januar 2002 nahm der österreichische Ministerrat den Bericht über die Entschließung des Nationalrates zu einer neuen österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin zustimmend zur Kenntnis. Auf Basis eines Analyseteils und der vom Nationalrat in der Entschließung festgelegten Empfehlungen sollen nun für alle sicherheitspolitisch relevanten Bereiche Teilstrategien ausgearbeitet werden. Die Teilstrategien sollen spätestens bis Ende Dezember 2002 zu einer akkordierten Gesamtstrategie erstellt werden.⁴⁹

Eine wesentliche Veränderung in der Außen- und Sicherheitspolitik stellt dabei die einsetzende Abkehr Österreichs von der Neutralität dar: „Der sicherheits- und verteidigungspolitische Nutzen einer NATO-Mitgliedschaft wird von Österreich im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklungen laufend beurteilt und die Beitrittsoption im Auge behalten.“⁵⁰

Ein Grundsatz der neuausgerichteten österreichischen Verteidigungspolitik besteht darin, durch die Möglichkeit von Rüstungskoperationen, vor allem im Bereich der WEAG, Synergieeffekte zu erzielen, Rüstungsbeschaffungen zu verbilligen und den Zugang zu neuester Schlüsseltechnologie zu ermöglichen.

⁴⁹ Presse- und Informationsdienst des BM für Landesverteidigung, "Ministerrat folgt in Sachen Verteidigungsdoktrin der Entschließung des Nationalrates", Download, 16.01.2002 <http://www.bmlv.gv.at/archiv/a2002/akt_20020116_doktrin.shtml>.

⁵⁰ Empfehlungsteil – Die neue Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin (wie vom Nationalrat in der Entschließung angenommen) in der Fassung des Ministerratsvortrages vom 15.01.2002, Download, <http://www.bmlv.gv.at/archiv/a2002/akt_20020116_doktrin.shtml>.

Auch wenn Österreich über keine signifikante Rüstungsindustrie in Bezug auf Raketenabwehrtechnologien verfügt, so kann der Beitritt zu Abkommen wie dem LoI 6 und die Mitwirkung in politischen Gremien die Entwicklung hin zu einer europäischen Rüstungs- und Industriepolitik entscheidend beeinflussen, den Aufbau einer europäischen Rüstungsagentur beschleunigen und die Gestaltung eines gesamteuropäischen Raketenabwehrsystems weiter vorantreiben.

So würde Österreich letztendlich seinen Beitrag zur Schaffung einer eurasisch-transatlantische Sicherheitsordnung leisten.

KptLt Dipl.-Kfm. Per F. Weiler
Amt für Studien und Übungen
der Bundeswehr Deutschland, Waldbröl

*Erstmals abgedruckt in:
Sicherheitspolitische Analysen 09/01. Hg. Vom Amt für Studien
und Übungen der Bundeswehr. Berichte aus der
Grundlagenarbeit Nr.5, Waldbröl 2001.*